

Art. 2. Dit besluit treedt in werking de dag waarop de Franse Gemeenschapscommissie geïnstalleerd wordt.

Brussel, 26 juni 1989.

Vanwege de Executieve van de Franse Gemeenschap :

De Minister van Sociale Zaken en Gezondheid,
Ch. PICQUE

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT

D. 90 — 28

31. OKTOBER 1989. — Erlass der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Zusammensetzung und der Funktionsweise der Kabinette der Mitglieder der Exekutive sowie bezüglich der Personalmitglieder der Dienste der Exekutive, die zur Mitarbeit im Kabinett eines Regierungsmitgliedes berufen werden

Die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980, abgeändert durch das Gesetz vom 8. August 1988 zur Reform der Institutionen, insbesondere des Artikels 68;

Aufgrund der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, insbesondere des Artikels 3, § 1, abgeändert durch das Gesetz vom 9. August 1989;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, daß eine Neuorganisation der Kabinette der Mitglieder der Exekutive und besonders deren Vergrößerung notwendig erscheint, da es jedem Gemeinschaftsminister ermöglicht werden muß, aufgrund des Volumens und der Verschiedenheit der anfallenden Arbeit in seinem Beraterstab Spezialisten in der benötigten Zahl aufzunehmen;

In Erwägung, daß der Vorsitzende der Exekutive und der Gemeinschaftsminister für den Unterricht aufgrund der besonderen Arbeiten, die in ihrem jeweiligen Kabinett anfallen, über einen zusätzlichen Berater oder Mitarbeiter verfügen müssen und ihnen auch ein weiterer Sekretär oder Sekretärin zur Seite gestellt werden muß;

In Erwägung, daß die Mitglieder der Kabinette über ausgedehntere Möglichkeiten bei der Nutzung ihrer eigenen Fahrzeuge verfügen müssen, da die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht über genügend Dienstfahrzeuge verfügen kann;

In Erwägung, daß die Neuorganisation der Kabinette wegen der notwendigen Kontinuität der Kabinettsarbeit keinen Aufschub duldet;

Auf Vorschlag des Vorsitzenden der Exekutive und nach Beratung vom 31. Oktober 1989 Beschliesst :

KAPITEL I. — Die Kabinette der Mitglieder der Exekutive

Abschnitt 1. — Aufgaben und Zusammensetzung

Artikel 1. § 1. Jedes Mitglied der Exekutive verfügt über ein Kabinett.

§ 2. Der Aufgabenbereich jedes Kabinetts wird wie folgt festgelegt : die Angelegenheiten, die einen Einfluß auf die allgemeine Politik der Exekutive oder auf die Arbeiten des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben können; die Nachforschungen und Studien, die dazu geeignet sind, die persönliche Arbeit des Mitgliedes der Exekutive zu erleichtern; die Vorlage der Akten der Verwaltung; der Empfang und das Öffnen seiner persönlichen Post; seine besondere Korrespondenz; die Anträge auf Audienz; die Presseschau.

Art. 2. § 1. Jedes Kabinett eines Gemeinschaftsministers kann über drei Berater, und einen vertraglichen Mitarbeiter und einen Sachbearbeiter verfügen.

§ 2. Das Kabinett des Vorsitzenden der Exekutive kann über einen weiteren Berater verfügen, der insbesondere die Vorbereitungen und die Protokollführung der Sitzungen der Exekutive übernimmt.

§ 3. Das Kabinett des Gemeinschaftsministers für den Unterricht kann über einen weiteren vertraglichen Mitarbeiter verfügen, dessen Arbeitsbereich insbesondere die Suche nach Lösungen für die im Rahmen der Vergemeinschaftung des Unterrichtswesens anfallenden Probleme sowie die Bearbeitung der besonderen Fragen im Zusammenhang mit dem Unterrichtswesen umfaßt.

Art. 3. § 1. Für die Ausführungsarbeiten kann jedes Kabinett über drei Sekretäre oder Sekretärinnen, bzw. Direktionssekretäre oder Direktionssekretärinnen, sowie über einen Fahrer oder Fahrerin verfügen.

Die Fahrer oder Fahrerinnen können zusätzlich mit den Aufgaben eines Hausmeisters betraut werden.

§ 2. Der Vorsitzende der Exekutive sowie der Gemeinschaftsminister für den Unterricht können über einen weiteren Sekretär oder Sekretärin verfügen.

§ 3. Die Anzahl der Telefonisten oder Telefonistinnen, sowie der Raumpfleger oder Raumpflegerinnen ist jeweils auf zwei Teilzeitkräfte für die gesamte Exekutive beschränkt.

Für die Cafeteria der Exekutive kann eine Teilzeitkraft eingestellt werden.

Art. 4. Die Beamten der Stufe 1 des Staates, der Regionen und der Gemeinschaften sowie die Inhaber gleichwertiger Dienstgrade in anderen öffentlichen Diensten oder im subventionierten Unterrichtswesen dürfen nicht zu dem in Artikel 3 erwähnten Personal gehören.

Art. 5. Die Personalmitglieder der Dienste der Gemeinschaft oder jedes anderen öffentlichen Dienstes, die als Kabinettsmitglied berufen werden, dürfen weder in ihrem Amt tätig bleiben noch dessen Funktionen ausüben.

Abschnitt 2. — Ernennungen und Arbeitsweise

Art. 6. Die Mitglieder jedes Kabinetts werden vom betroffenen Mitglied der Exekutive ernannt.

Art. 7. Der Berater leitet die Mitteilungen und Anweisungen des jeweiligen Gemeinschaftsministers dem ranghöchsten Beamten der Verwaltung auf dem hierarchischen Weg zu.

Art. 8. Die Kabinettsmitglieder dürfen nur mit der Erlaubnis des betroffenen Gemeinschaftsministers mit der Verwaltung direkt verhandeln.

Abschnitt 3. — Bezahlung, Zulagen und Entschädigungen

Art. 9. § 1. Den Mitgliedern der Kabinette, die nicht zum Personal der Dienste der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehören, wird anstelle eines Gehalts eine Kabinettszulage gewährt, die folgenden Gehaltsstufen des Personals der Ministerien entspricht: höchstens 14/1.

§ 2. Die in Artikel 3 genannten Mitarbeiter der Kabinette, die nicht zum Personal der Dienste der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehören, beziehen anstelle eines Gehalts eine Kabinettszulage, deren Betrag sich zwischen dem Minimum und dem Maximum der Gehaltsstufe bewegt, die zu dem Dienstgrad der Ministerien gehört, der der ausgeübten Funktion entspricht.

Art. 10. Den Mitgliedern der Kabinette, die zum Personal der Dienste der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehören wird eine Kabinettszulage gewährt, die folgende Beträge nicht überschreiten darf:

- Berater: höchstens 95 000 F.
- Die in Artikel 3 genannten Mitarbeiter: 35 000 F.

Art. 11. § 1. Die Bezahlung der Mitglieder der Kabinette, die nicht zum Personal der Dienste der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehören, jedoch zum Personal eines Ministeriums, eines anderen öffentlichen Dienstes oder der subventionierten Unterrichtsanstalten gehören, wird folgendermaßen festgelegt:

1. Wenn der Arbeitgeber das Gehalt weiterhin auszahlt, erhält der Betreffende die in Artikel 10 vorgesehene Kabinettszulage.

Dem Herkunftsdienst wird eventuell das Gehalt des Kabinettsmitglieds zurückgezahlt, gegebenenfalls erhöht um die Arbeitgeberkosten. Das zurückzuzahlende Gehalt darf jedoch nicht den durch Artikel 9 für den entsprechenden Dienstgrad vorgesehenen Höchstbetrag der Gehaltsstufe übersteigen.

2. Wenn der Arbeitgeber die Gehaltszahlungen einstellt, erhält der Betreffende die anstelle des Gehalts in Artikel 9 vorgesehene Kabinettszulage. Diese Zulage darf jedoch den Betrag nicht übersteigen, der sich aus dem Gehalt und der Zulage zusammensetzt, die der Betreffende erhielt, wenn die Bestimmungen unter 1. auf ihn anwendbar wären.

§ 2. Die Rückzahlung des Gehalts der Personalmitglieder der Ministerien, die in ein Kabinett eines Mitgliedes der Exekutive abgestellt werden, wird nach den Modalitäten vorgenommen, die durch Königlichen Erlaß festgelegt sind.

Art. 12. Den Fahrern der Gemeinschaftsminister wird zusätzlich zur in Artikel 9, § 2 erwähnten Kabinettszulage gewährt:

- eine monatliche Pauschalzulage in Höhe von 7 500 Franken;
- eine Pauschalentschädigung von höchstens 35 000 Franken pro Jahr.

Der Regentenerlaß vom 30. März 1950 bezüglich der Zulagen für außergewöhnliche Dienstleistungen, der Königliche Erlaß vom 24. Dezember 1964 zur Festlegung der Entschädigungen für Aufenthaltskosten sowie die in Artikel 9 und 10 vorgesehene Kabinettszulagen und weiteren Zulagen sind auf die Fahrer nicht anwendbar.

Art. 13. Die Mitglieder der Kabinette erhalten die Familienzulagen, die Geburtszulagen, die Haushalts- oder Wohnortzulagen, das Urlaubsgeld und die Urlaubsfamilienzulagen zum Satz und zu den Bedingungen, wie sie für das Personal der Ministerien gelten.

Art. 14. § 1. Für die Gewährung der Fahrtentschädigungen werden die Kabinettsmitglieder mit den entsprechenden Dienstgraden des Personals der Minister gleichgesetzt.

§ 2. Die Berater sind berechtigt, für ihre Fahrten ihr persönliches Fahrzeug zu benutzen zu den Bedingungen, die im Königlichen Erlaß vom 18. Januar 1965 über die allgemeine Regelung der Fahrtkosten für den entsprechenden Dienstgrad des Personals der Ministerien vorgesehen sind. Sie sind von der Führung eines Fahrtbuches befreit.

Die Erlaubnis zur Benutzung des persönlichen Fahrzeugs darf 15 000 KM pro Jahr und pro Begünstigten nicht überschreiten.

Art. 15. § 1. Die in den Artikeln 9, 10, 12 und 13 vorgesehenen Entschädigungen und Zulagen werden jedem Beamten nachträglich ausgezahlt.

Die monatliche Entschädigung oder Zulage beträgt 1/12 des jährlichen Betrages. Wenn die Entschädigung oder Zulage nicht für den ganzen Monat geschuldet wird, wird sie gemäß den durch das finanzielle Statut des Personals der Ministerien vorgesehenen Bestimmungen in Dreißigsteln ausbezahlt.

§ 2. Die in den Artikeln 9, 10, 12 und 13 vorgesehenen Entschädigungen und Zulage sind an die Schwankung des Verbraucherpreises gebunden nach den Modalitäten, die im Gesetz vom 2. August 1971 zur Organisation der Bindung an den Verbraucherpreisindex vorgesehen sind; zu diesem Zweck werden sie der Indexziffer 114,20 zugeordnet.

Davon ausgenommen sind die in Artikel 12 des vorliegenden Erlasses vorgesehenen monatlichen Pauschalzulagen für Fahrer.

Art. 16. Nur durch Entscheidung der Exekutive kann von den Bestimmungen dieses Kapitels abgewichen werden.

KAPITEL II. — Personalmitglieder der Dienste der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die in ein Kabinett eines Regierungsmitgliedes berufen werden

Art. 17. Die Personalmitglieder der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft können Mitglieder des Kabinetts eines Regierungsmitgliedes werden, wenn sie vorher die Erlaubnis des für das Personal zuständigen Mitgliedes der Exekutive erhalten.

Die Erlaubnis kann nur erteilt werden, wenn der König eine Verordnung erlassen hat, die die Modalitäten der Rückzahlung des Gehalts der im ersten Absatz erwähnten Personalmitglieder regelt.

Art. 18. Artikel 5 ist anwendbar auf die Personalmitglieder der Dienste der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die in das Kabinett eines Regierungsmitgliedes abgestellt sind.

Art. 19. Das Gehalt der in Artikel 17, Absatz 1, erwähnten Personalmitglieder wird durch die Dienste der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausbezahlt.

Die Rückzahlung wird an das Schatzamt vorgenommen aufgrund einer dreimonatlichen Aufstellung, die dem betroffenen Regierungsmitglied durch die Dienste der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft übermittelt wird.

Die Anfrage zur Rückzahlung wird zu Beginn jedes Trimesters für das abgelaufene Trimester eingereicht.

KAPITEL III. — *Aufhebungs- und Schlußbestimmungen*

Art. 20. Der Erlaß der Exekutive vom 3. Dezember 1988 betreffend die Zusammensetzung und die Funktionsweise der Kabinette der Mitglieder der Exekutive sowie die Personalmitglieder der Dienste der Exekutive, die zur Mitarbeit im Kabinett eines Regierungsmitgliedes berufen werden, ist aufgehoben.

Art. 21. Vorliegender Erlaß tritt am Tage seiner Verabschiedung in Kraft.

Art. 22. Die Gemeinschaftsminister, jeder in seinem Zuständigkeitsbereich, werden mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 31. Oktober 1989.

Der Vorsitzender der Exekutive,

J. MARAITE

Der Gemeinschaftsminister für Ausbildung, kulturelle Animation und Medien,
B. FAGNOUL

Der Gemeinschaftsminister für Jugend, Sport, Erwachsenenbildung und Soziales,
M. GROSCH

TRADUCTION

COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 90 — 28

31 OCTOBRE 1989. — Arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone portant sur la composition et le fonctionnement des cabinets des membres de l'Exécutif ainsi que sur les membres du personnel des services de l'Exécutif appelés à collaborer dans le cabinet d'un membre du Gouvernement

L'Exécutif de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone;

Vu la loi spéciale du 8 août 1980, modifiée par la loi du 8 août 1988, de réformes institutionnelles, notamment l'article 68;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1er, modifié par la loi du 9 août 1980;

Vu l'urgence;

Considérant qu'une réorganisation des cabinets des membres de l'Exécutif et notamment leur extension s'avère nécessaire eu égard au fait que chaque Ministre communautaire doit pouvoir disposer du nombre nécessaire de spécialistes au sein de son staff de conseillers en raison du volume et de la diversité du travail à accomplir;

Considérant que le Président de l'Exécutif et le Ministre communautaire de l'Enseignement, en raison des tâches particulières assignées à leurs cabinets respectifs, doivent disposer d'un conseiller ou collaborateur supplémentaire ainsi que d'un(e) secrétaire supplémentaire;

Considérant que les membres des cabinets doivent pouvoir utiliser davantage leur véhicule propre étant donné que la Communauté germanophone ne peut disposer d'un nombre suffisant de véhicules de service;

Considérant que la réorganisation des cabinets ne souffre aucun délai parce qu'il est nécessaire d'assurer la continuité des travaux de cabinet;

Sur proposition du Président de l'Exécutif et après délibération du 31 octobre 1989,

Arrête:

CHAPITRE Ier. — *Les cabinets des membres de l'Exécutif*

Section 1. — Attributions et composition

Article 1er. § 1er. Chaque membre de l'Exécutif dispose d'un cabinet.

§ 2. Les attributions de chaque cabinet sont fixées comme suit: les affaires susceptibles d'influencer la politique générale de l'Exécutif ou des travaux du Conseil de la Communauté germanophone; les recherches et les études propres à faciliter le travail personnel du membre de l'Exécutif; la présentation des dossiers de l'administration; la réception et l'ouverture de son courrier personnel; sa correspondance particulière; les demandes d'audience; la revue de presse.

Art. 2. § 1er. Chaque cabinet d'un ministre communautaire peut disposer de conseillers, d'un collaborateur contractuel et d'un rédacteur.

§ 2. Le cabinet du Président peut disposer d'un conseiller supplémentaire qui se chargera plus particulièrement de préparer les séances de l'Exécutif et d'en faire le compte rendu.

§ 3. Le cabinet du Ministre communautaire de l'Enseignement peut disposer d'un collaborateur contractuel supplémentaire dont le travail consiste notamment à chercher des solutions aux problèmes qui se posent dans le cadre de la communautarisation de l'enseignement ainsi qu'à examiner des questions spécifiques ayant trait à l'enseignement.

Art. 3. § 1er. Pour les travaux d'exécution, chaque cabinet peut disposer de trois secrétaires ou secrétaires de direction ainsi que d'un chauffeur.

Les chauffeurs peuvent également exercer les fonctions de concierge.

§ 2. Le Président de l'Exécutif ainsi que le Ministre communautaire de l'enseignement peuvent disposer d'un(e) secrétaire supplémentaire.

§ 3. Le nombre des téléphonistes et des personnes chargées de l'entretien est limité dans les deux cas à deux emplois à temps partiel pour l'ensemble de l'Exécutif.

Pour la cafétéria, l'Exécutif peut recruter une personne à temps partiel.

Art. 4. Ne peuvent faire partie du personnel mentionné à l'article 3 les agents de niveau 1 de l'Etat, des Régions et des Communautés ni les titulaires de grade équivalent appartenant aux autres services publics ou aux établissements d'enseignement subventionnés.

Art. 5. Les membres du personnel des services de la Communauté ou de tout autre service public appelés à faire partie d'un cabinet ne peuvent rester en fonction dans leur emploi ni continuer à en exercer les attributions.

Section 2. — Nominations et fonctionnement

Art. 6. Les membres de chaque cabinet sont nommés par le membre concerné de l'Exécutif.

Art. 7. Le conseiller transmet les communications et instructions des différents ministres communautaires au fonctionnaire le plus élevé en grade par la voie hiérarchique.

Art. 8. Les membres des cabinets ne peuvent traiter directement avec l'administration qu'avec l'autorisation du ministre communautaire concerné.

Section 3. — Rétribution, allocations et indemnités

Art. 9. § 1er. Il est alloué aux membres des cabinets qui ne font pas partie du personnel des services de l'Exécutif de la Communauté germanophone une allocation de cabinet tenant lieu de traitement, fixée dans les échelles ci-après applicables au personnel des ministères :

Maximum 14/1.

§ 2. Les collaborateurs des cabinets mentionnés à l'article 3 qui ne font pas partie du personnel des services de l'Exécutif de la Communauté germanophone bénéficient d'une allocation de cabinet tenant lieu de traitement dont le montant oscille entre les limites inférieures et supérieures de l'échelle attachée au grade des Ministères correspondant à la fonction exercée.

Art. 10. Il est accordé aux membres des cabinets qui font partie du personnel des services de l'Exécutif de la Communauté germanophone une allocation de cabinet qui ne peut dépasser les montants suivants :

- Conseiller : maximum : 95 000 F.
- Les collaborateurs mentionnés à l'article 3 : 35 000 F.

Art. 11. § 1er. La rétribution des membres de cabinet qui, sans faire partie du personnel des services de l'Exécutif de la Communauté germanophone, appartiennent toutefois à un Ministère, à un autre service public ou à un établissement d'enseignement subventionné est fixée comme suit :

1° Lorsque l'employeur consent à poursuivre le paiement du traitement, l'intéressé obtient l'allocation de cabinet prévue à l'article 10. Le service d'origine se voit éventuellement rembourser le traitement du membre de cabinet, augmenté le cas échéant des charges patronales; le traitement à rembourser ne peut cependant dépasser le montant maximal de l'échelle prévu à l'article 9 pour le grade correspondant.

2° Lorsque l'employeur suspend le paiement du traitement, l'intéressé obtient l'allocation de cabinet tenant lieu de traitement prévue à l'article 9.

Cette allocation ne peut cependant pas dépasser le montant du traitement majoré de l'allocation que l'intéressé obtiendrait au cas où les dispositions du 1° lui seraient applicables.

§ 2. Le remboursement du traitement des membres du personnel des Ministères qui sont détachés auprès du cabinet d'un membre de l'Exécutif est effectué selon les modalités fixées par arrêté royal.

Art. 12. En plus de l'allocation de cabinet mentionnée à l'article 9, § 2, il est accordé aux chauffeurs de l'Exécutif :

- une allocation forfaitaire mensuelle de 7 500 F;
- une indemnité forfaitaire d'un montant maximal de 35 000 F par année.

L'arrêté du Régent du 30 mars 1950 réglant l'octroi des allocations pour prestations à titre exceptionnel, l'arrêté royal du 24 décembre 1964 fixant les indemnités pour frais de séjour ainsi que les allocations de cabinet et autres prévues aux articles 9 et 10 ne sont pas applicables aux chauffeurs.

Art. 13. Les membres des cabinets bénéficient des allocations familiales, de l'allocation de naissance, de l'allocation de foyer ou de résidence, du pécule de vacances, de l'allocation familiale de vacances aux taux et conditions prévus pour le personnel des Ministères.

Art. 14. § 1er. Pour l'octroi des indemnités en matière de frais de parcours, les membres de cabinet sont assimilés aux grades correspondants du personnel des Ministères.

§ 2. Pour leurs déplacements, les conseillers sont autorisés à utiliser leur voiture personnelle dans les conditions prévues pour le grade correspondant du personnel des Ministères par l'arrêté royal du 18 janvier 1965 portant réglementation générale en matière de frais de parcours.

Ils sont dispensés de la tenue du carnet de route.

L'autorisation d'utiliser une voiture personnelle ne peut dépasser 15 000 km par année et par bénéficiaire.

Art. 15. § 1er. Les indemnités et allocations prévues aux articles 9, 10, 12 et 13 sont payées à chaque fonctionnaire à terme échu.

L'indemnité ou l'allocation mensuelle est égale à 1/12 du montant annuel. Lorsque l'indemnité ou l'allocation n'est pas due pour un mois entier, elle est payée en trentièmes, conformément aux dispositions prévues par le statut pécuniaire du personnel des Ministères.

§ 2. Les indemnités et allocations prévues aux articles 9, 10, 12 et 13 sont liées aux fluctuations de l'indice des prix à la consommation, conformément aux modalités prévues par la loi du 2 août 1971 organisant un régime de liaison à l'indice des prix à la consommation; à cet effet, elles sont attachées à l'indice 114,20.

Une exception : les allocations forfaitaires mensuelles accordées aux chauffeurs, prévues à l'article 12 du présent arrêté.

Art. 16. Il ne peut être dérogé aux dispositions de ce chapitre que par décision de l'Exécutif.

CHAPITRE II. — Les membres du personnel des services de l'Exécutif de la Communauté germanophone détachés auprès du cabinet d'un membre du Gouvernement

Art. 17. Les membres du personnel de l'Exécutif de la Communauté germanophone peuvent devenir membre du Cabinet d'un membre du Gouvernement s'ils ont reçu l'autorisation préalable du membre de l'Exécutif compétent en matière de personnel.

L'autorisation ne peut être accordée que si le Roi promulgue un arrêté réglant les modalités de remboursement du traitement des membres du personnel mentionnés au premier alinéa.

Art. 18. L'article 5 est applicable aux membres du personnel des services de l'Exécutif de la Communauté germanophone qui sont détachés auprès du Cabinet d'un membre du Gouvernement.

Art. 19. Le traitement des membres du personnel mentionnés à l'article 17, alinéa 1, est versé par les services de l'Exécutif de la Communauté germanophone.

Le remboursement est effectué à charge du Trésor public sur la base d'un état de frais trimestriel transmis au membre concerné du Gouvernement par les services de l'Exécutif de la Communauté germanophone.

La demande de remboursement est introduite au début de chaque trimestre pour le trimestre écoulé.

CHAPITRE III. — Dispositions finales et abrogatoires

Art. 20. L'arrêté de l'Exécutif du 3 décembre 1986 portant sur la composition et le fonctionnement des cabinets des membres de l'Exécutif ainsi que sur les membres du personnel des services de l'Exécutif appelés à collaborer dans le cabinet d'un membre du Gouvernement est abrogé.

Art. 21. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption.

Art. 22. Les Ministres communautaires sont chargés, chacun pour ce qui le concerne, de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 31 octobre 1989.

Le Président de l'Exécutif,
J. MARAITE

Le Ministre communautaire de la Formation, de l'Animation culturelle et des Média,
B. FAGNOUL

Le Ministre communautaire de la Jeunesse, du Sport,
de la Formation des Adultes et des Affaires sociales,
M. GROSCH

VERTALING

DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 90 — 28

31 OKTOBER 1989. — Besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap betreffende de samenstelling en de werking van de kabinetten van de leden van de Executieve alsmede betreffende de personeelsleden van de diensten der Executieve aangewezen om in het kabinet van een regeringslid mee te werken

De Executieve van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap;
Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980, gewijzigd bij de wet van 8 augustus 1988 tot hervorming der instellingen, inzonderheid op artikel 68;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de wet van 9 augustus 1980;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat een reorganisatie van de kabinetten van de leden van de Executieve en inzonderheid de uitbreiding ervan noodzakelijk blijkt omdat elke Gemeenschapsminister, wegens de omvang en de diversiteit van de arbeid die te verrichten is, over het noodzakelijk aantal specialisten en zijn staf van adviseurs moet kunnen beschikken;

Overwegende dat de Voorzitter van de Executieve en de Gemeenschapsminister van Onderwijs, over een verdere adviseur of medewerker en over een verdere secretaris of secretaresse moeten beschikken;

Overwegende dat de leden van de kabinetten uitgebreide mogelijkheden moeten hebben om hun eigen wagen te gebruiken, aangezien de Duitstalige Gemeenschap niet over een voldoende aantal dienstwagens kan beschikken;

Overwegende dat de reorganisatie van de kabinetten geen uitstel duldt, omdat het noodzakelijk is, voor de continuïteit van de kabinetswerkzaamheden te zorgen;

Op voordracht van de Voorzitter van de Executieve en na beraadslaging op 31 oktober 1989,

Besluit:

HOOFDSTUK I. — De kabinetten van de leden van de Executieve

Sectie 1. — Bevoegdheden en samenstelling

Artikel 1. § 1. Elk lid van de Executieve beschikt over een kabinet.

§ 2. De bevoegdheden van elk Kabinet zijn als volgt bepaald: de zaken welke van dien aard zijn dat zij invloed kunnen uitoefenen op het algemeen beleid van de Executieve of op de werkzaamheden van de Raad an de Duitstalige Gemeenschap; de opsporingen en de studies ter vergemakkelijking van de persoonlijke taak van het lid van de Executieve; het voorleggen van de dossiers der administratie; het ontvangen en openen van de tot hem persoonlijk gerichte brieven; zijn particuliere briefwisseling; de vragen om gehoor; het persoverzicht.

Art. 2. § 1. Elk kabinet van een Gemeenschapsminister kan over drie adviseurs, één contractuele medewerker en één redacteur beschikken.

§ 2. Het kabinet van de Voorzitter van de Executieve kan over een verdere adviseur beschikken die vooral met de voorbereiding van de zittingen der Executieve en het notuleren ervan belast is.

§ 3. Het kabinet van de Gemeenschapsminister van Onderwijs kan over een verdere contractuele medewerker beschikken, wiens arbeid er onder andere in bestaat, naar oplossingen te zoeken voor problemen in het kader van de communautarisering van het onderwijs en specifieke vragen in verband met het onderwijs te behandelen.

Art. 3. § 1. Voor het uitvoeringswerk kan elk kabinet over drie secretarissen (secretarissen) of directiesecretarissen (-secretarissen) alsmede over een autobestuurder (bestuurster) beschikken.

De autobestuurders (-bestuursters) kunnen bovendien met de bevoegdheden van een conciërge belast worden.

§ 2. De Voorzitter van de Executieve alsmede de Gemeenschapsminister van Onderwijs kunnen over een verdere secretaris (secretarisse) beschikken.

§ 3. Voor de hele Executieve is het aantal telefonisten en schoonmakers (schoonmaaksters) telkens tot twee personen met een deeltijdbaan beperkt.

Voor de cafetaria van de Executieve kan een persoon met een deeltijdbaan aangeworven worden.

Art. 4. Mogen geen deel uitmaken van het bij artikel 3 bedoelde personeel de personeelsleden van niveau 1 van de Staat, de Gewesten en de Gemeenschappen alsmede de titularissen van gelijkwaardige graden die tot andere openbare diensten of tot de gesubsidieerde onderwijsinstellingen behoren.

Art. 5. De personeelsleden van de diensten van de Gemeenschap of van elke andere openbare dienst aangevoerd om van een kabinet deel uit te maken mogen noch hun betrekking noch de bevoegdheden ervan verder blijven waarnemen.

Sectie 2. — Benoemingen en werking

Art. 6. De leden van elk kabinet worden benoemd door het betrokken lid van de Executieve.

Art. 7. De adviseurs zenden de mededelingen en de instructies van de verschillende Gemeenschapsministers door aan de hoogste ambtenaar in rang van het bestuur. Dit gebeurt langs de hiërarchische weg.

Art. 8. De leden van de kabinetten mogen slechts met het akkoord van de betrokken Gemeenschapsminister in directe verbinding treden met het bestuur.

Sectie 3. — Betaling, toelagen en vergoedingen

Art. 9. § 1. Aan de leden van de kabinetten, die niet tot het personeel van de diensten der Executieve van de Duitstalige Gemeenschap behoren, wordt een als wedde geldende kabinetstoelage toegekend, vastgesteld in de hierna vermelde schalen toepasselijk op het personeel van de ministeries: maximum 14/1.

§ 2. De bij artikel 3 bedoelde medewerkers van de kabinetten, die niet tot het personeel van de diensten van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap behoren, bekomen een als wedde geldende kabinetstoelage die vastgesteld wordt binnen de perken van de minimumwedde en de maximumwedde van de weddeschaal verbonden aan de met de uitgeoefende functie overeenstemmende graad bij de ministeries.

Art. 10. Aan de leden van de kabinetten die tot het personeel van de diensten der Executieve van de Duitstalige Gemeenschap behoren wordt een kabinetstoelage toegekend, die de volgende bedragen niet mag overschrijden:

- Adviseur maximum: 95 000 F.
- De bij artikel 3 bedoelde medewerkers: 35 000 F.

Art. 11. § 1. De betaling van de leden van de kabinetten die, zonder lid te zijn van de diensten der Executieve van de Duitstalige Gemeenschap, tot het personeel van een ministerie, van een andere openbare dienst of van de gesubsidieerde onderwijsinstellingen behoren, wordt bepaald als volgt:

1. Indien de werkgever ermee instemt de betaling van de wedde voort te zetten, verkrijgt de belanghebbende de kabinetstoelage bepaald in artikel 10. Eventueel wordt de wedde van het kabinetslid, desgevallend verhoogd met de werkgeversbijdragen, aan de dienst van oorsprong terugbetaald. De wedde die moet worden terugbetaald mag nochtans het maximumbedrag van de weddeschaal, dat voor de overeenstemmende graad in artikel 9 is vastgesteld, niet overschrijden.

2. Indien de werkgever de betaling van de wedde stopzet bekomt de belanghebbende de als wedde geldende kabinetstoelage bepaald in artikel 9. Die toelage mag nochtans niet hoger liggen dan het uit de wedde plus de toelage bestaande bedrag dat de belanghebbende zou verkrijgen indien het bepaalde onder 1^o op hem toepasselijk zou zijn.

§ 2. De terugbetaling van de wedde der personeelsleden van de ministeries die bij het kabinet van een lid van de Executieve gedetacheerd zijn, wordt volgens de modaliteiten uitgevoerd, die door een koninklijk besluit worden vastgelegd.

Art. 12. De autobestuurders van de Executieve verkrijgen naast de bij artikel 9, § 2 bedoelde kabinetstoelage:

- een maandelijkse forfaitaire toelage van 7 500 F;
- een forfaitaire vergoeding met een maximumbedrag van 35 000 F per jaar.

Het besluit van de Regent van 30 maart 1950 de toekenning regelend van de toelagen wegens buitengewone prestaties, het koninklijk besluit van 24 december 1984 tot vaststelling van de vergoedingen wegens verblijfskosten alsmede de aanvullende toelage en de kabinetstoelage bepaald in de artikelen 9 en 10 van dit besluit, zijn op hen niet van toepassing.

Art. 13. De kabinetsleden genieten kinderbijslag, geboortetoelage, haard- en standplaatstoelage, vakantiegeld en gezinsvakantiebijslag tegen het bedrag en onder de voorwaarden, die voor het personeel van de ministeries bepaald zijn.

Art. 14. § 1. Ten aanzien van de toekenning van de vergoedingen inzake reiskosten worden de kabinetsleden met de overeenstemmende dienstgraden van het personeel der Ministeries gelijkgesteld.

§ 2. De adviseurs zijn ertoe gemachtigd voor dienstreizen van hun eigen wagen gebruik te maken onder de voorwaarden welke het koninklijk besluit van 18 januari 1965, houdende algemene reglementering inzake reiskosten, voor de overeenstemmende dienstgraad van het personeel der Ministeries bepaalt. Ze hoeven de reiswijzer niet bij te houden.

De machtiging voor het gebruik van een persoonlijke wagen mag 15 000 km per jaar en per rechthebbende niet overschrijden.

Art. 15. § 1. De vergoedingen en toelagen bedoeld in de artikelen 9, 10, 12 en 13 worden aan elke ambtenaar na vervallen termijn uitbetaald.

De maandelijkse vergoeding of toelage bedraagt 1/12 van het jaarlijks bedrag. Wanneer de vergoeding of toelage niet voor de volledige maand verschuldigd is wordt zij in dertigsten uitbetaald, overeenkomstig de regel bepaald in de bezoldigingsregeling van het personeel der Ministeries.

§ 2. De in de artikelen 9, 10, 12 en 13 bepaalde vergoedingen en toelagen worden gekoppeld aan de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen, overeenkomstig de modaliteiten vastgesteld door de wet van 2 augustus 1971 houdende inrichting van een stelsel tot koppeling aan het indexcijfer van de consumptieprijzen: te dien einde worden ze gekoppeld aan het indexcijfer 114,20.

Een uitzondering: de maandelijkse forfaitaire toelagen voor de autobestuurders waarin artikel 12 van dit besluit voorziet.

Art. 16. Van de bepalingen van dit hoofdstuk mag slechts na een beslissing van de Executieve worden afgeweken.

HOOFDSTUK III. — *Personeelsleden van de diensten der Executieve van de Duitstalige Gemeenschap, die aangewezen zijn om van een kabinet van een regeringslid deel uit te maken*

Art. 17. De personeelsleden van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap kunnen leden van het kabinet van een regeringslid worden, indien zij daarvoor de machtiging gekregen hebben van het voor het personeel bevoegde lid van de Executieve.

Deze machtiging mag slechts verleend worden wanneer de Koning een besluit afgekondigd heeft, dat de modaliteiten regelt voor de terugbetaling der wedden van de bij het eerste lid bedoelde personeelsleden.

Art. 18. Artikel 5 is van toepassing op de personeelsleden van de diensten der Executieve van de Duitstalige Gemeenschap die bij het kabinet van een regeringslid gedetacheerd zijn.

Art. 19. De wedde van de bij artikel 17 eerste lid bedoelde personeelsleden wordt door de diensten van de Duitstalige Gemeenschap uitbetaald.

De terugbetaling wordt ten laste van de Schatkist uitgevoerd volgens een driemaandelijke onkostenstaat die het betrokken regeringslid door de diensten van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap toegezonden wordt.

De aanvraag tot terugbetaling wordt op het begin van elke trimesteringediend voor het afgelopen trimester.

HOOFDSTUK III. — *Opheffings- en slothepalingen*

Art. 20. Het besluit van de Executieve van 3 december 1986 betreffende de samenstelling en de werking van de kabinetten van de leden van de Executieve alsmede betreffende de personeelsleden van de diensten der Executieve aangewezen om in het kabinet van een regeringslid mee te werken is opgeheven.

Art. 21. Dit besluit treedt in werking de dag waarop het goedgekeurd wordt.

Art. 22. De Gemeenschapsministers zijn, ieder wat hem betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 31 oktober 1989.

De Voorzitter van de Executieve,
J. MARAITE

De Gemeenschapsminister van Vorming, Culturele Animatie en Media,
B. FAGNOUL

De Gemeenschapsminister van Jeugd, Volwassenenvorming en Sociale Aangelegenheden,
M. GROSCH

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALSE GEWEST

MINISTERE DE LA REGION WALLONNE

F. 90 — 29

**5 OCTOBRE 1989. — Arrêté de l'Exécutif régional wallon
relatif aux délégations de pouvoirs accordées aux fonctionnaires du Ministère des Travaux publics
et à ceux du Fonds des routes**

L'Exécutif régional wallon,

Vu la loi spéciale de réformes institutionnelles du 8 août 1980, notamment l'article 6, § 1^{er}, X;

Vu la loi spéciale de financement des Communautés et des Régions, notamment l'article 77;

Vu le décret du 27 avril 1989 contenant le premier feuillet d'ajustement du budget des dépenses de la Région wallonne pour l'année budgétaire 1989 — Partie Ministère de la Région wallonne;

Vu la loi du 14 juillet 1976 relative aux marchés publics de travaux, de fournitures et de services, notamment l'article 2, § 1^{er};

Vu l'arrêté royal du 13 décembre 1977 relatif aux délégations de pouvoirs en matière de passation et d'exécution des marchés publics de travaux, de fournitures et de services, modifié par l'arrêté royal du 20 août 1981;

Considérant la nécessité d'assurer la continuité du service public par l'octroi des délégations de pouvoirs appropriées;

Vu l'urgence;